



Polen - Pressespiegel 36/2025 vom 4.09.2025

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- Eine antiukrainische Politik schadet Polen wirtschaftlich und gesellschaftlich. Es profitieren nur Demagogen
- „Dritte Kammer des Parlaments“ im Präsidentenpalast? Karol Nawrocki will die Grenzen seines Amtes überschreiten
- Tusk durchkreuzt Nawrockis Wunschtraum von der Supermacht des Präsidenten
- Das Veto Nawrockis. Über die Unehre in Polens Geschichte
- Mirosław Skórka, Vorsitzender des Verbandes der Ukrainer: Nawrocki hat die Kriege verwechselt
- Tusks Präventivschlag. Er wird seinen eigenen Sicherheitsberater haben

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Eine antiukrainische Politik schadet Polen wirtschaftlich und gesellschaftlich. Es profitieren nur Demagogen



Quelle: oko.press

Von **Paweł Kubicki**

Was bringt es uns, ein ukrainisches Kind, dessen Eltern aus verschiedenen Gründen nicht arbeiten, noch tiefer in die Armut zu treiben? Absolut nichts. Aber es lohnt sich für Politiker, antiukrainische Emotionen zu schüren und auf das Bedürfnis eines Teils der Wähler zu reagieren: dass es den Ukrainern schlechter gehen soll als ihnen.

In einer Debatte am 25. August bei Polsat News äußerte der Berater des polnischen Präsidenten, Błażej Poboży, einen Satz, der die Essenz des Präsidenten-Vetos zusammenfasst: „Ich kann mich entweder auf die Meinung von Ärzten oder auf konkrete Personen, Patienten, die solche Emotionen äußern, beziehen. Ukrainische Bürger würden ihrer Meinung nach schneller zu Fachärzten gelangen.“

Aus der Perspektive des Staatshaushalts und der Wirtschaft gibt es am Präsidenten-Veto nichts zu diskutieren. Das Veto und in der Konsequenz der Verlust des Zugangs zum Arbeitsmarkt für einen Teil der Migranten nach dem 30. September 2025 bzw. die Begrenzung des 800-Plus-Zuschlags für ukrainische Kinder nur auf arbeitende Eltern ist ein Fehler.

Polen profitiert von der ukrainischen Migration

Überlegungen, ob die ukrainische Migration uns mehr Nutzen oder Kosten bringt, lassen sich kurz zusammenfassen, etwa durch Verweis auf den Bericht der Landeshandelsbank BGK. Analysiert man den Arbeitsmarkt, kann man auch auf Berichte des Polnischen Wirtschaftsinstituts (PIE) oder der Nationalbank Polens zurückgreifen.

Kurz gesagt und je nach Schätzung haben wir die besten Ergebnisse in Europa: Beschäftigungsquoten von ukrainischen Migranten von bis zu etwa 80 % im erwerbsfähigen Alter, ein jährliches BIP-Wachstum von 0,5 bis 2,4 %, etwa 15,1 Mrd. PLN Einnahmen für den Staatshaushalt im Jahr 2024, bei 2,8 Mrd. PLN Ausgaben für das 800-Plus-Programm für knapp 300.000 Kinder und rund 1 Mrd. PLN Kosten für das Gesundheitssystem (NFZ).

Egal, wie man zusätzliche Kosten hochrechnet, man übertrifft nicht die Tatsache, dass die polnische Wirtschaft ohne 5 % der ukrainischen Arbeitskräfte einfach schlechter dastehen würde. Die Bilanz von Gewinnen und Verlusten -- betrachtet man nur die Wirtschaft -- ist eindeutig positiv. Diskutiert werden kann allenfalls, ob wir eine Rendite von drei zu eins oder fünf zu eins haben.

Wir werden auch keine bessere, leichter zu integrierende Migrantengruppe finden, und ohne Migranten -- nicht nur ukrainische, sondern jegliche -- werden unser Arbeitsmarkt und unsere Wirtschaft in den kommenden Jahren schrumpfen.

Denn die Spitze der Zahl arbeitender Polen haben wir bereits überschritten, und in den nächsten Jahrzehnten wird diese Zahl sinken. Dieser demografische Prozess ist nicht umkehrbar. Die polnischen Frauen, die dies hätten ändern können, hätten in den letzten Jahren gebären müssen.

Das bedeutet -- übertragen auf den Alltag und unter Berücksichtigung des bereits hohen Haushaltsdefizits - nicht nur, dass wir keine neuen Sozialprogramme oder signifikanten Gehaltserhöhungen im öffentlichen Sektor haben werden. Wir werden steigende Steuern und kein nennenswertes Wirtschaftswachstum erleben.

Was bringt uns das?

Es lohnt sich auch, klar zu sagen, dass Ukrainerinnen und Ukrainer grundsätzlich dieselbe Situation haben wie Polen, sowohl beim Zugang zum Arbeitsmarkt als auch bei Gesundheitsversorgung oder Bildung. Sie haben nicht mehr, bekommen nichts schneller oder anders gesagt, sie werden gleichberechtigt behandelt.

Genau dieses Vorgehen wird in Integrationsstrategien allgemein empfohlen, um die Fehler von Frankreich, Großbritannien und anderen westeuropäischen Ländern zu vermeiden, in denen die zweite und dritte Generation von weniger gebildeten Migranten ohne reale Aufstiegsperspektiven eine Herausforderung für die Sozialpolitik darstellt.

Am Rande kann man auch Solidarität, Nächstenliebe und Güte erwähnen, Begriffe, die theoretisch der politischen Rechten nahestehen, insbesondere der, die sich auf Gott beruft. Man kann auch das Wohl von Kindern und Familien hinzufügen. Stellen wir uns eine Situation vor, in der ein Kriegsflüchtling sich um mehrere Kinder kümmert, egal ob als Mutter oder Großmutter, und realistisch keine Chance hat, zu arbeiten. Was bringt es uns, ihr Kindergeld oder das Recht auf Gesundheitsversorgung zu nehmen, und dass ukrainische Kinder im polnischen Kindergarten oder in der Schule leben oder eher vegetieren? Was bringt es, ein Kind noch tiefer in die Armut zu treiben, dessen Eltern aus verschiedenen Gründen nicht arbeiten?

Würde das Wegnehmen des Zugangs zur kostenlosen Gesundheitsversorgung für eine in Polen lebende Ukrainerin und die mögliche Entwicklung einer kleinen Infektion zu einer langwierigen Krankheit, die sie vom Arbeitsmarkt ausschließt, die Situation der Polen verbessern? Und was, wenn sie Trägerin einer ansteckenden Krankheit wird, die sie nicht behandeln kann? Welche sozialen, wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Vorteile würden wir daraus ziehen?

Damit es den Ukrainern schlechter geht

Wie wir bereits geklärt haben, lagen dem Veto des Präsidenten keine wirtschaftlichen oder sozialen Gründe zugrunde, auch kein besonderer „Nachteil“ oder eine schlechtere Position der Polen, noch gab es spezielle Bevorzugungen für Ukrainer.

Es bleibt die Frage, ob wir die Emotionen eines Teils der Bevölkerung befriedigen müssen, damit es den Ukrainern eindeutig schlechter geht und sie Menschen zweiter Klasse werden. Damit würden wir die Fehler der westlichen Länder der 1980er Jahre wiederholen sowie die Politik der Politiker, die unter anderem den Brexit herbeiführten, unter dem Vorwand, den Arbeitsmarkt vor polnischen Arbeitskräften zu schützen oder das dortige Gesundheitssystem zu verbessern, dem die „Gewinne“ aus dem EU-Austritt Großbritanniens zugutekommen sollten.

Für die Klarheit: Nach dem Brexit hat sich weder die Situation der dortigen Arbeitskräfte noch der Zugang zur Gesundheitsversorgung oder die wirtschaftliche Lage verbessert; genauer gesagt, sie ist schlechter als vor dem Brexit.

Meine traurige Antwort: Wahrscheinlich müssen wir diese Fehler wiederholen. Ich kritisiere hier nicht die „einfachen Leute“, denn in ihrem lokalen Umfeld und an ihrem individuellen Beispiel kann es tatsächlich schlechter für sie sein. Eine Ukrainerin arbeitet in Geschäft A, ein Ukrainer renoviert eine Wohnung bei Firma B, und dadurch fehlt in Ort X auf Position Y möglicherweise ein Arbeitsplatz für einen einheimischen Polen oder dessen Kind.

Ich kritisiere die Politiker, denn sie sollten die Situation Polens insgesamt und die aller Einwohner im Blick haben. Also Unternehmen Z, wo diese Ukrainer Produkte kaufen und den Konsum ankurbeln, Steuern von Geschäft A und Firma B, in denen sie arbeiten, neue Arbeitsplätze, die durch ihre berufliche Aktivität in Ort W entstehen -- und insgesamt schaffen Migranten deutlich mehr Vorteile für die gesamte polnische Bevölkerung.

Kurz gesagt: Abgesehen von den Emotionen, die auch in sozialen Medien gezielt geschürt und verbreitet werden, könnten sie auf Daten und wissenschaftliche Studien schauen. Warum tun sie das nicht? Oder genauer: Warum ignorieren sie diese? Die Antwort ist einfach: Kurzfristig und für ihr privates politisches Interesse lohnt sich derzeit ein Antiukrainismus für sie.

Warum komplizierte Reformen, wenn man auch „ein Problem aufbauschen“ kann?

Denn es gibt keine einfachere und effektivere Methode, Wahlen zu gewinnen, als populistisches Aufbauschen einzelner Skandale, wie etwa einer Bandera-Flagge im Stadion oder Geschichten über einen ukrainischen Patienten, der ohne Warteschlange behandelt wird. Aus ihnen werden Probleme im Makromaßstab gemacht, während gezielt auf menschliche Emotionen gespielt wird.

Es ist leichter, den Wähler zu mobilisieren, indem man die „Privilegien“ von Fremden bekämpft und moralische Panik schürt. Man muss sich nicht mit komplizierten, schwierigen und langfristigen Reformen öffentlicher Dienste beschäftigen, zusätzliche Einnahmequellen für den Staatshaushalt suchen oder überlegen, welche Ausgaben man kürzen könnte.

Außerdem: Während man bei Reformen immer scheitern kann, gewinnt man im Spiel mit Emotionen immer. Erfolg bedeutet „das Problem öffentlich zu machen“ und Präsenz in traditionellen und sozialen Medien zu haben -- und dadurch bei den Wählern wiedererkannt zu werden.

Abschließend ist zu sagen, dass dieses politische Spiel kein Privileg und keine Domäne des aktuellen Präsidenten oder der Konföderation ist. Noch vor einigen Monaten, wenn auch weniger geschickt, spielten damit Premierminister, Vizepremier und ein Präsidentschaftskandidat.

Nur schade um Polen.

Zsfg.: AV

<https://oko.press/antyukrainska-polityka-szkodzi-polsce-zyskuja-demagodzy>



www.mleczko.pl

- Zum Strand? Geradeaus und nach dem Wirbelsturm rechts abbiegen

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

„Dritte Kammer des Parlaments" im Präsidentenpalast? Karol Nawrocki will die Grenzen seines Amtes überschreiten



Quelle: wyborcza.pl

Von **Tomasz Nyczka**

Karol Nawrocki stellt sich die Rolle des Präsidenten ganz anders vor, als sie ihm in der derzeitigen Verfassung zugedacht ist. Er möchte, dass die Regierung ihn bei ihren Maßnahmen angemessen konsultiert. Außerdem will er im Sejm stärker präsent sein. Die größte Auseinandersetzung wird nach dem Wochenende stattfinden - beim Kabinettsrat.

„Die Ausarbeitung einer neuen Formel für die Zusammenarbeit zwischen dem Präsidenten der Republik Polen und dem Parlament ist eine Aufgabe, die ich zwei Abgeordneten, ehemaligen Ministern, Marcin Horała und Szymon Szykowski vel Sęk, anvertraut habe", verkündete Präsident Karol Nawrocki am Donnerstag auf seinen Social Media-Kanälen. Der Präsident dankte den beiden Politikern, „dass sie diese Herausforderung angenommen haben".

Während der Regierung der PiS war der Abgeordnete Marcin Horała zunächst stellvertretender Minister für Infrastruktur und dann stellvertretender Leiter des Ministeriums für Fonds und Regionalpolitik. Er ist vor allem für seine Rolle als Regierungsbevollmächtigter für den Zentralflughafen bekannt.

Szymon Szykowski vel Sęk, ebenfalls Abgeordneter der PiS, war unter der vorherigen Regierung zunächst stellvertretender Außenminister, dann Minister für Angelegenheiten der Europäischen Union und übernahm 2023 das Amt des Leiters des Außenministeriums in der zweijährigen Regierung von Mateusz Morawiecki.

Beide Politiker sind auch - zusammen mit der Abgeordneten Paulina Matysiak - in der Vereinigung „Ja zur Entwicklung“ tätig, die sich mit dem Projekt des zentralen Verkehrshafens befasst.

Ist der Präsident aktiv oder überschreitet er den verfassungsmäßigen Rahmen?

Der rätselhafte Auftritt des Präsidenten ist Teil eines größeren Plans. Nawrocki hatte bereits angekündigt, dass seine Präsidentschaft sehr aktiv sein würde. Nach seinem Wahlsieg legte er die ersten Entwürfe seiner Gesetzesentwürfe vor, darunter für den Zentralflughafen. Es gibt auch das erste präsidentiale Veto gegen das Windkraftgesetz.

Der neue Präsident will über den verfassungsmäßigen Rahmen des Präsidentenamtes hinausgehen. Nawrocki erwartet nämlich, dass die Regierungskoalition - bereits in der Phase der Parlamentsarbeit - sich mit ihm über Gesetzesentwürfe berät, bevor diese vom Sejm auf den Schreibtisch des Präsidenten gelegt werden. Und nur unter dieser Bedingung haben sie später eine Chance, vom Präsidenten unterzeichnet zu werden. Wie Roman Imielski in der Wyborcza schrieb, will sich der Präsident de facto in den Gesetzgebungsprozess einmischen.

„Es handelt sich nicht um ein Präsidialsystem, aber die Verfassung räumt dem Präsidenten als Staatsoberhaupt eindeutig sehr starke Vorrechte ein. Kein Organ hat ein so starkes Mandat, weil es direkt vom Willen des Volkes ausgeht“, sagte Zbigniew Bogucki, Leiter der Präsidentenkanzlei, diese Woche gegenüber Polsat News. Und die Tatsache, dass der Präsident über Gesetze beraten will, die sich bereits in der Arbeitsphase des Parlaments befinden, erklärte er mit der schwierigen politischen und internationalen Lage.

Auf die Frage, ob es „eine dritte Kammer des Parlaments im Präsidentenpalast geben soll“, sagte Bogucki: „Es sieht ein bisschen so aus. Aber das sind die Bestimmungen der Verfassung. Die Unterschrift des Präsidenten ist keine Selbstverständlichkeit, kein mechanischer Akt, sondern der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens.“

In diesem Sinne kommt Nawrockis Plan dem sehr nahe, was der Vorsitzende der Konfederacja, Sławomir Mentzen, bereits im Wahlkampf angekündigt hatte. Er argumentierte, dass er sich im Falle eines Wahlsiegs „wie kein anderer zuvor einsetzen würde“. Mentzen sagte damals auch, er werde jede Woche Kabinettsitzungen einberufen und „jeden Minister nacheinander befragen, woran er gerade arbeitet“.

Es wird einen Streit im Kabinettsrat geben

Karol Nawrocki hat für den 27. August einen Kabinettsrat einberufen, bei dem ihm der Premierminister und die Minister Rede und Antwort stehen sollen. Der innere Kreis des Präsidenten hat bereits angekündigt, dass die Räte häufiger als unter der vorherigen Präsidentschaft stattfinden werden.

Zu den Themen des nächsten Treffens gehören der Zustand des Staatshaushalts und die Situation der öffentlichen Finanzen, „die Fortschritte und Pläne des Ministerrats in Bezug auf die Durchführung von Entwicklungsinvestitionen, insbesondere den Bau des zentralen Zentralflughafens und den Bau von Kernkraftwerken“, die geplanten Maßnahmen der Regierung „zum Schutz der polnischen Landwirtschaft und der polnischen Agrarproduktion vor den Folgen des Zustroms von Agrarprodukten aus Ländern außerhalb der Europäischen Union“.

Da das Thema Zentralflughafen auf der Ratstagung zur Sprache kommen wird, ist bereits jetzt klar, dass es zu einem Streit kommen wird. Der Minister für Infrastruktur, Dariusz Klimczak, hat angekündigt, dass er den Präsidenten detailliert darüber informieren wird, wie weit die Schlüsselinvestitionen gediehen sind. „Wir müssen nicht mobilisiert werden. Wir mobilisieren uns selbst, um zu arbeiten“, erklärte Klimczak.

„Ich möchte nur daran erinnern, dass der Kabinettsrat nur informellen Charakter hat. Er nimmt der Regierung keine Kompetenzen weg. Er ist für die Regierung in keiner Weise bindend. Er kann keine Entscheidungen treffen. Der Kabinettsrat ist lediglich ein Treffen zwischen der Regierung und dem Präsidenten“, betont der KO-Abgeordnete Marek Sowa, der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion.

Rat mit Abgeordneten?

Aber warum braucht der Präsident zwei Abgeordnete der PiS, um „eine neue Formel für die Zusammenarbeit zwischen dem Präsidenten und dem Parlament auszuarbeiten“? „Der Präsident will einen solchen Rat einrichten, der sich aus Abgeordneten aller politischen Richtungen zusammensetzt. Das ist eine weitere Beratungskanone, die er für sich selbst erfunden hat, um legislative Ideen mit Fraktionsvertretern zu konsultieren“, so ein Interviewpartner aus dem Sejm gegenüber „Wyborcza“.

Im Parlament ist zu hören, dass der Präsident sehr daran interessiert ist, Vertreter aller Fraktionen in diesem Rat zu haben.

„Ich denke, das einzige Format, in dem Sie sich darauf einlassen könnten, wäre, wenn tatsächlich alle Parteien dem zustimmen und ihre Vertreter in diesen Rat entsenden würden. Die einzige Möglichkeit, der wir zustimmen würden, wäre, wenn alle, auch die Plattform, sich darauf einlassen. Wenn das nicht der Fall ist, ist es ziemlich indiskutabel“, sagt einer der kleineren Koalitionspartner.

Der Abgeordnete Marek Sowa ist skeptisch. „Ich habe gehört, dass es ein solches überparteiliches parlamentarisches Gremium geben soll. Würde es nur aus Mitgliedern der PiS bestehen? Nun, vielleicht delegiert Bosak ja jemand anderen dorthin“, ironisiert Sowa. Er fügt hinzu: „Ich sage ganz offen, dass ich beim Präsidenten nicht den Wunsch sehe, die Spannung in der politischen Debatte zu verringern oder eine Einigung zu erzielen. Es ist vielmehr so, als befände er sich noch im Wahlkampf. Er steht eindeutig auf einer Seite der Auseinandersetzung, und alle Entscheidungen, die er bisher getroffen hat, dienen auch diesem Zweck. Wenn er glaubt, die Mehrheitsverhältnisse im Parlament verändern zu können, dann irrt er sich.“

Präsident Karol Nawrocki will nicht nur die Beziehungen zum Parlament und zur Regierung anders gestalten und sieht auch die Rolle des Präsidenten auf der polnischen politischen Bühne anders. Er kündigte auch an, dass er einen speziellen Verfassungsrat ernennen werde, der an der Änderung der Verfassung arbeiten soll. Er erklärte, dass die derzeitige Verfassung bis zum Jahr 2030 geändert werden soll.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7.75398.32195405.trzecia-izba-parlamentu-w-palacu-prezydenckim-karol-nawrocki.html#s=S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

Tusk durchkreuzt Nawrockis Wunschtraum von der Supermacht des Präsidenten



Quelle: wyborcza.pl

Von **Roman Imielski**

Premierminister Donald Tusk hat Präsident Karol Nawrocki am Mittwoch öffentlich daran erinnert, dass die Regierung regiert und das Staatsoberhaupt nicht ihr Aufseher ist. Denn Nawrockis Entourage möchte -- entgegen der Verfassung -- schon heute ein Präsidialsystem einführen.

Das Zusammenleben zwischen der parlamentarischen Mehrheit und dem Staatsoberhaupt ist für das reibungslose Funktionieren unseres Staates notwendig. Sie kann rau sein, wie vor 20 Jahren im Fall von Präsident Aleksander Kwasniewski und Ministerpräsident Leszek Miller (obwohl beide aus dem Demokratischen Linksbündnis kamen), oder sie kann sehr kühl sein, wie im Fall von Präsident Lech Kaczyński (PiS) und der ersten Regierung Tusk in den Jahren 2007-10. Völlige Feindseligkeit und die Anwendung des Vetos durch Nawrocki bei jedem wichtigen Gesetzentwurf würden die Lähmung Polens bedeuten.

Nawrocki und sein Gefolge -- und das besteht aus dem Chef der Staatskanzlei, Zbigniew Bogucki, und dem Kabinettschef, Paweł Szefernaker -- haben eine andere Taktik gewählt. Sie legen ihr Veto gegen einige wichtige Gesetzesentwürfe ein, wollen aber vor allem das Narrativ durchsetzen, dass es der Premierminister ist, der beim Präsidenten ein Geständnis ablegt, und dass das Parlament, das sich bereits in der Phase der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs befindet, den Staatsoberhaupt fragt, ob er später gnädigerweise bereit ist, ein neues Gesetz zu unterzeichnen.

Auch der erste Kabinettsrat in Nawrockis Amtszeit am Mittwoch sollte diesem Zweck dienen. Tusk sollte wie ein Schuljunge daherkommen, dessen Regierung viele Fehler macht und deshalb beim Schulleiter auf

dem Teppich landet. Aber das ist nicht der Typ -- Tusk ist ein Kämpfer, äußerst erfahren in politischen Kämpfen in Polen und international.

Der Premierminister hörte sich also ruhig Nawrockis Schelte über das bisherige Vorgehen der Regierung an, stellte dann aber klar, was die Verfassung über die Befugnisse des Präsidenten und des Kabinettsrates selbst aussagt.

Das liegt daran, dass wir in Polen ein parlamentarisches Kabinettsystem haben und kein Präsidialsystem. Es ist die Regierung, die regiert, und der Präsident repräsentiert den Staat. Er kann sich weder in die Arbeit des Sejms und des Senats einmischen (was Nawrocki mit der Konsultation von Gesetzesentwürfen mit ihm beabsichtigte) noch versuchen, das von der Parlamentsmehrheit gebildete Kabinett zu lenken.

Der Kabinettsrat ist kein Superamt, in dem der Präsident die Arbeit und die Ziele der Regierung festlegt. Wie Tusk betonte, handelt es sich lediglich um eine Sitzung der Regierung unter dem Vorsitz des Präsidenten, bei der das Staatsoberhaupt die Minister und den Premierminister um Informationen über bestimmte Maßnahmen und die Lage im Land bitten kann. Ich betone, um Informationen zu bitten, nicht um sie zu verlangen.

Kürzlich erklärte Zbigniew Bogucki öffentlich, dass Nawrocki bis 2030 eine Verfassungsänderung anstreben werde, da die derzeitige Verfassung zwei Zentren der Exekutivgewalt vorsieht: das des Präsidenten und das der Regierung.

Das ist nicht wahr. Unsere derzeitige Verfassung besagt eindeutig, dass ein von einer parlamentarischen Mehrheit gewähltes Kabinett regiert. Es ist gut, dass Tusk uns vor den Kameras einfach und nachdrücklich daran erinnert hat.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7.75968.32206865.tusk-przecina-mrzonki-nawrockiego-o-prezydenckiej-superwladzy.html#s=S.opinion-K.P-B.1-L.2.zw>

Das Veto Nawrockis. Über die Unehre in Polens Geschichte



Quelle: interia.pl

Von **Leszek Jażdżewski**

Während auf den internationalen Gipfeln der Handel mit den besetzten Gebieten der Ukraine zwischen Trump und Putin andauert, legt Polen - in der Person von Präsident Karol Nawrocki -- die verräterische Hand an den kämpfenden Verbündeten, indem man gegen polnische Interessen auftritt.

Als Russland im Februar 2022 seine umfassende Invasion in die Ukraine begann, standen die Polen auf der Höhe der Herausforderung. Zehntausende Menschen halfen den Flüchtlingen, so gut sie konnten. Viele nahmen sie in ihrem eigenen Zuhause auf, andere brachten die Schwächsten über die Grenze, verteilten Pakete und heißen Tee. Ohne diesen spontanen Reflex der Solidarität hätte der polnische Staat ernsthafte Probleme gehabt, mit einer so plötzlichen Krise fertigzuwerden.

Doch auch die Politiker vermochten es, sich -- selten genug -- über ihr typisches Taktieren zu erheben. Die PiS-Regierung leistete sofort materielle Hilfe, stellte Transporte mit für die Ukrainer benötigten Waffen bereit, ohne dabei auf die zurückhaltenden Verbündeten aus den USA und Europa zu achten. Das wird sich für immer in goldenen Lettern in die ansonsten katastrophale Bilanz der Regierungen Kaczyński und Morawiecki einschreiben.

Sogar die Partei, deren Vertreter zuvor auf die von Russland besetzte Krim gefahren waren, begann -- in begrenztem Maße und meist nur deklaratorisch -- im polnischen, nicht im russischen, nationalen Interesse aufzutreten.

Die damalige Opposition, heute an der Macht, arbeitete vollständig mit der jahrelang kritisierten Regierung zusammen, im Bewusstsein, dass angesichts einer unmittelbaren Kriegsgefahr an unseren Grenzen und des möglichen Zusammenbruchs des Widerstands unseres Nachbarn sämtliche, auch fundamentale innenpolitische Differenzen in den Hintergrund treten mussten.

Symbol dieser Zusammenarbeit war die blitzschnelle Verabschiedung des „Gesetzes über die Hilfe für ukrainische Bürger im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt auf dem Territorium dieses Staates“, dessen Verlängerung nun gerade von Nawrocki mit einem Veto abgelehnt wurde. In der dritten Lesung im Sejm, bei der Abstimmung am 9. März 2022, stimmten 431 Abgeordnete dafür, 12 dagegen, 3 enthielten sich. Dafür waren u. a. Kaczyński, Błaszczak, Czarnek, Sasin sowie sogar Ziobro und Mejza.

Die Polen -- und mit ihnen ihre politischen Führer -- verstanden, dass der Krieg nicht die Zeit ist, alte Kränkungen und unerledigte Angelegenheiten hervorzuholen. Dass der moralische Impuls hier Hand in Hand mit der Staatsräson geht. Die Ukraine im Kampf zu halten und während die Kämpfe an der Front andauern, denjenigen, die vor dem Krieg Zuflucht gesucht haben, maximalen Schutz zu gewähren. Und erst danach, mit einer freien und souveränen Ukraine -- nicht einer Marionette Putins --, die aktuellen Interessen und historischen Differenzen zu klären.

Polnischer Gewinn

Wenn Polen in der Zukunft ein wohlhabendes und starkes Land sein will, wird es Menschen brauchen. Jemand muss mit diesen Hochgeschwindigkeitszügen fahren, den Zentralflughafen bauen und später von dort fliegen. Jemand muss arbeiten, damit aus dem Haushalt das defizitäre Gesundheitssystem (NFZ) und die Rentenkasse (ZUS) unterstützt werden können -- deren Defizite mit der alternden Bevölkerung wachsen werden. Andernfalls müsste man -- nach dem Vorbild Westeuropas -- die Steuern drastisch erhöhen, um den (relativen) Wohlfahrtsstaat aufrechtzuerhalten.

1,5 Millionen Ukrainer, die in Polen arbeiten, sind aus dieser Perspektive ein Schatz. Und das Kindergeld 800+, das an 292.000 ukrainische Kinder ausgezahlt wird und den polnischen Staat über 2,8 Milliarden Złoty kostet, ist eine Investition in die Zukunft. Laut einem Bericht der Landeshandelsbank, aus dem diese Daten stammen, beträgt der Beitrag der Ukrainer zur polnischen Wirtschaft im Jahr 2024 mehr als 15 Milliarden Złoty.

Jetzt, da klar ist, dass der Krieg andauert und nicht nach einigen Monaten beendet war, und dass die ukrainischen Kinder länger in Polen bleiben werden, ist es von entscheidender Bedeutung, sie so reibungslos wie möglich in das polnische Bildungs- und Gesellschaftssystem zu integrieren. Es ist nicht auszuschließen, dass sie -- unabhängig von der Entwicklung der Lage in der Ukraine -- länger hierbleiben, wenn nicht für immer. Sprachkundige, kulturell vertraute und integrierte junge Menschen sind für Polen ein großer Gewinn.

Selbst wenn hinter der anfänglichen Großzügigkeit der Leistungen nicht eine solche Kalkulation eigener Interessen stand, liegt in ihnen ein tiefer Sinn. Arbeitende, eigenständige Migranten, die sich mit dem Herkunftsland integrieren, sind heute ein knappes Gut. Es liegt in unserem Interesse, dass die Ukrainer möglichst lange in Polen bleiben, in Zukunft die Staatsbürgerschaft erhalten und zu Polen ukrainischer Herkunft werden.

Für die Ukraine ist das natürlich ein sehr schwieriges Szenario, denn jemand wird den zerstörten Staat wiederaufbauen müssen, ganz zu schweigen vom unmittelbaren Kampf an der Front. Aber es ist schwer nachzuvollziehen, dass der polnische Präsident, wenn er über den Schutz polnischer Interessen spricht, so offen gegen diese handelt. Will Nawrocki wirklich die in Polen integrierten Ukrainer nach Deutschland oder - schon jetzt -- in das bombardierte Ukraine zurückschicken?

Ein Experte der Stiftung „Ukrainisches Haus“ warnt, dass Ende September sogar bis zu eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine ihre Möglichkeit verlieren könnten, legal in Polen zu bleiben. Das würde ihr Leben und das ihrer Arbeitgeber erheblich erschweren. Noch skandalöser wäre, dass ukrainische Unternehmen aus allen staatlichen Registern gestrichen würden. Wie sollen diese Menschen hier arbeiten

und Arbeitsplätze schaffen, wenn sie praktisch innerhalb eines Monats gezwungen sein könnten, das aufzugeben, wofür sie jahrelang gearbeitet haben?

Schutzschild Ukraine

Wenn ihr in den Medien lest, dass ein weiterer amerikanischer, deutscher oder -- noch schlimmer -- polnischer General vorhersagt, dass Russland in ein, zwei oder fünf Jahren bereit sein wird, weitere Länder anzugreifen -- im Hintergedanken auch Polen --, lohnt es sich, einen Moment darüber nachzudenken, warum nicht jetzt, nicht morgen, wo wir noch nicht bereit sind, eine solche Invasion abzuwehren und in den USA Donald Trump regiert, der Putin bewundert und internationaler Solidarität wenig zugeneigt ist.

Die Antwort ist einfach: die Ukraine. Solange die Ukrainer kämpfen, solange sie eine starke und gut organisierte Armee haben, kann Putin eine militärische Intervention in einem Land, das sich selbst verteidigen kann, nicht ernsthaft in Betracht ziehen. Selbst bei einer zeitweiligen Waffenruhe und Trennung der Truppen wird Russland gezwungen sein, in den besetzten Gebieten Streitkräfte zu unterhalten, die in der Lage sind, eine zukünftige ukrainische Offensive abzuwehren.

„Zapad-2021 ist das wichtigste bisherige Ausbildungsunternehmen der Streitkräfte der Russischen Föderation und der mit ihnen zusammenarbeitenden belarussischen Armee. Da 200.000 Soldaten beteiligt sind, wird es auch die größten Übungen in Europa seit fast 40 Jahren sein. Auf dem Truppenübungsplatz haben sie de facto im Juli begonnen, und zum offiziell angegebenen Termin wird es zu ihrem Höhepunkt kommen“, schrieben vor vier Jahren die Analysten des Zentrums für Oststudien, Andrzej Wilk und Piotr Żochowski.

Und heute? Bei den Manövern Zapad 2025 spricht man offiziell von 13.000 Soldaten, der Leiter des litauischen Geheimdienstes erwähnt 30.000, davon nur 8.000 auf dem Gebiet von Belarus. Man muss kein militärischer Analyst sein, um den wesentlichen Unterschied zu erkennen.

Den berühmten Brief Adam Michniks an Kiszczak paraphrasierend: Um so offen gegen polnische Interessen aufzutreten, muss man ein Dummkopf sein. Um in einem Land, für dessen Sicherheit jede Woche Hunderte ukrainischer Soldaten sterben, denjenigen, die vor dem Krieg fliehen, grundlegende Rechte zu verweigern, muss man ein Schwein sein.

Zsfg.: AV

<https://wydarzenia.interia.pl/felietony/news-weto-nawrockiego-z-dziejow-dyshonoru-w-polsce.nld.22178206>

Mirosław Skórka, Vorsitzender des Verbandes der Ukrainer: Nawrocki hat die Kriege verwechselt



Quelle: oko.press

Von **Piotr Pacewicz**

Interview mit Mirosław Skórka, geboren 1963 in Gościno, ein Nachkomme von Ukrainern, die während der „Aktion Weichsel“ 1947 deportiert wurden, ist seit 2021 Vorsitzender des Verbandes der Ukrainer in Polen. Er ist Mitglied der Ukrainischen Historischen Gesellschaft sowie der Ukrainischen Pfadfinderorganisation Plast. Skórka ist von Beruf Historiker, Philosoph und Theologe.

Piotr Pacewicz, OKO.press: Der Sprecher des Präsidenten, Rafał Leśkiewicz, behauptet, dass Sie, indem Sie Karol Nawrocki Nationalismus vorwerfen, „dreist manipulieren und den Präsidenten der Republik beleidigen“. Und dass dies „Heuchelei“ sei, weil „nationalistische Tendenzen in der Ukraine seit langem stark und zunehmend stärker sind, auch unter Ukrainern, die in Polen leben“. Haben Sie sich nicht bedroht gefühlt?

Mirosław Skórka: Dass ich vor dem Palast Namiestnikowski guillotiniert werde, nachdem ein Militärorchester die polnische Nationalhymne gespielt hat? Bleiben wir doch ernst. Ich ergreife das Wort aus Pflichtbewusstsein und besonderer Verantwortung, denn ich verstehe sowohl die polnische als auch die ukrainische Perspektive, und das Schicksal beider Nationen ist mir gleichermaßen wichtig.

„Ein Mensch, der russische Ziele in Polen umsetzt, kann kein Patriot sein.“ Jemandem wie Karol Nawrocki so etwas zu sagen, ist, als würde man bei einem Tiger mit einem Metallstab über die Gitterstäbe seines Käfigs ziehen.

Ja, das ist eine starke Formulierung, aber ich ziehe sie nicht zurück. Einen Menschen, der in Polen russische Ziele verfolgt und dessen Handeln sich in die Politik des Kremls einfügt, kann man nicht als polnischen Patrioten bezeichnen, selbst wenn aus seinem Mund unaufhörlich Parolen wie ‚nur Polen, nur die Polen‘ fließen.

Der Präsident ist empört, dass ein Ukrainer einen Polen belehrt. Leśkiewicz bläht sich mit polnischem Patriotismus auf, indem er nationale Aufstände, die Schlacht von Warschau 1920 und den Kampf gegen die sowjetische Unterdrückung anführt, um zu zeigen, wie skandalös Ihre Vorwürfe seien. Aber mal ernsthaft: Wer sind Sie -- Ukrainer oder Pole?

Ich habe keinen Zweifel daran, wer ich bin. Ich bin ein Ukrainer in Polen, Staatsbürger Polens und ein polnischer Patriot, ebenso wie ich ein ukrainischer Patriot bin. Mehr noch, ich denke, dass diese Mischung aus polnischem und ukrainischem Patriotismus die optimale Lösung für diese schwierigen Zeiten ist. Ich bemühe mich, dass beide Staaten und beide Nationen möglichst eng zusammenarbeiten, damit wir gemeinsam der russischen Aggression entgegentreten können. Ich bin seit Generationen Ukrainer, ein Nachkomme von Menschen, die 1947 im Rahmen der „Aktion Weichsel“ zwangsdeportiert wurden, einer verbrecherischen Deportation der ukrainischen Bevölkerung. Ich wurde 1963 in Gościno bei Kołobrzeg geboren, weil dorthin meine Großeltern deportiert worden waren. (...)

Formell vertreten Sie eine ukrainische Minderheit. Also mehrere zehntausend Menschen, verstreut im ganzen Land, die meisten in der Woiwodschaft Ermland-Masuren.

82 400. So viele Menschen erklärten in der Volkszählung 2021, dass sie ganz oder teilweise der ukrainischen Minderheit in Polen angehören. Ich behaupte nicht, dass ich sie vertrete -- ich habe dieses Mandat nicht. Ich bin der Leiter einer Organisation, die sich mit kulturellen, Bildungs- und Sozialaktivitäten innerhalb dieser Minderheit beschäftigt. Und ich bin selbst Mitglied dieser Minderheit.

Gleichzeitig gibt es in Polen eine halbe Million Ukrainer, die vor dem Ausbruch des umfassenden Krieges kamen, und noch immer fast eine Million Geflüchtete, die nach dem 24. Februar 2022 gekommen sind.

Ich fühle mich mit ihnen verbunden, weil ich mich als Ukrainer fühle, die ukrainische Kultur kenne und die ukrainische Geschichte kenne. Zweitens verstehe ich gut, was sie durchmachen, denn in der Erinnerung meiner Familie liegt die Erfahrung der Deportation -- also eine Form von Flucht. Meine Großeltern wurden gezwungen, innerhalb von zwei Stunden so viel Hab und Gut zusammenzupacken, wie auf einen kleinen Wagen passte, alles andere, ihr gesamtes bisheriges Leben, zurückzulassen und in eine Umgebung fremder Menschen zu ziehen, die sie nicht verstanden und oft feindlich gegenüberstanden. Deshalb ist mir die Erfahrung der ukrainischen Flucht Anno Domini 2022 sehr nah.

Noch einmal: Warum ist Präsident Nawrocki kein Patriot?

Meine Vorstellung von polnischem Patriotismus umfasst die Verantwortung für den polnischen Staat und den Aufbau einer strategischen Position dieses Staates -- hier, wo wir sind, in dieser Zeit, in der Situation, in der wir uns befinden. Wir leben in Mittel- und Osteuropa, in der Europäischen Union, aber unsere unmittelbare Bedrohung ist Russland, und das wird sich so schnell nicht ändern. Zwischen uns und Russland liegt die Ukraine, die mit Entschlossenheit kämpft, um Putins Vormarsch nach Osten zu stoppen. Im Interesse sowohl Polens als auch der Ukraine liegt es, diese Expansion zu stoppen. Je enger wir zusammenstehen, desto stärker werden wir sein. Das sind Dinge, die offensichtlich erscheinen mögen, aber Präsident Nawrocki untergräbt diese Erzählung, zerstört sie, vergiftet die Köpfe mit Ablehnung gegenüber anderen, macht aus Ukrainern Fremde, nennt uns „Gäste“, die mehr Rechte hätten als die „Einheimischen“, und schürt antieuropäische bzw. antiukrainische Stimmungen. Das ist unverantwortlich, und Patriotismus bedeutet genau Verantwortung, für den Staat und für die Menschen, die in diesem Staat

leben. Für alle Menschen. Für ethnische Polen, für nicht-ethnische Polen, für alle nationalen Minderheiten, für alle, die hier ihr Zuhause gefunden haben. Denn nur diese Menschen können diesen Staat aufbauen, es ist ihr Staat. Es ist nicht der Staat von Präsident Nawrocki oder seines Sprechers, nicht einmal der Staat der Partei, die ihn gewählt hat, oder der zehn Millionen seiner Wählerinnen und Wähler. Polen ist der Staat von uns allen. Ein verantwortungsbewusster Blick auf das, was in unserem Teil Europas und in Polen geschieht, und die Anerkennung der Ereignisse, die uns in der dritten Dekade des 21. Jahrhunderts betreffen, erfordert eine nüchterne, rationale Antwort. Ausgangspunkt dafür sollte sein, dass wir durch den gigantischen gesellschaftlichen Einsatz, der unsere Reaktion auf die russische Aggression gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 war, ein unglaubliches Potenzial und eine große Stärke aufgebaut haben.

Sprechen Sie von Polens Position, politischer Stärke?

Aber auch von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Stärke. Denn wir profitieren von den Geflüchteten, die bei uns arbeiten, die den polnischen Haushalt stützen, und die polnische Wirtschaft wächst dank ihrer Arbeit. Es ist ein enormes gesellschaftliches Potenzial entstanden, weil die Menschen daran geglaubt haben, dass man gut und anständig sein kann und dass das Zufriedenheit, Freude und ein Gefühl von Stolz bringt. Anderen zu helfen, das ist etwas Schönes und Edles. Das ist uns gelungen. Wir sind auch zum wichtigsten Land in der Region geworden, ohne dass die weltweite Hilfe für die Ukraine nicht möglich wäre. Heute ist es uns gelungen, fast all diese Potenziale zu zerstören. Und genau hier stellt sich die Frage nach Patriotismus: Denken wir in Begriffen von Verantwortung für den Staat, oder in Begriffen eines politischen Spiels und des Kampfes um die Stimmen einer Wählergruppe mit fremdenfeindlichen und nationalistischen Ansichten?

Das betrifft inzwischen nicht nur Nawrocki. Die Idee, das 800-Plus-Programm für die Kinder von Geflüchteten einzuschränken, sollte Rafał Trzaskowskis Mittel sein, Wähler der Konföderation zu gewinnen. Jetzt kehrt sie in Form eines präsidentialen Vetos zurück, als wollte das Schicksal sich über die Liberalen lustig machen.

Einverstanden, aber auf dem Tisch liegt das Veto von Nawrocki. Der Präsident behauptet in der Begründung dieser Entscheidung, wir könnten den ukrainischen Geflüchteten nicht noch zusätzlich zahlen, was eine klare Unwahrheit ist, denn die ukrainischen Geflüchteten tragen durch ihre Arbeit zum polnischen Haushalt bei. Die Entscheidung, 800-Plus den Familien zu entziehen, die nicht arbeiten, betrifft überwiegend ukrainische Mütter, was bedeutet, der verletzlichsten sozialen Gruppe die Hilfe zu nehmen, den geflüchteten Kindern, den Kindern mit Fluchtraumata. Solch ein Trauma bleibt ein Leben lang. Es ist nicht so, dass ihnen jemand lediglich eine Ohrfeige gegeben hätte. Diese Kinder mussten ihre Häuser verlassen, manchmal ist jemand aus ihrem nahen Umfeld gestorben oder kämpft an der Front. Ihre Mütter, ihre Eltern können keine Arbeit finden, weil sie schwächer sind, krank, weniger Fähigkeiten haben oder schlicht keine Zeit für mehr als Gelegenheitsjobs haben. Und gerade diese Kinder sollen die Unterstützung verlieren, die ihre Altersgenossen, Ukrainer oder andere Ausländer, erhalten, nur weil sie Kriegsflüchtlinge sind. Denn ukrainische Migranten, die vor der russischen Aggression 2022 nach Polen kamen und keinen UKR-Status haben, müssen nicht arbeiten, um 800-Plus für ihre Kinder zu erhalten. Der Präsident hat bereitwillig das Motto übernommen, das Rafał Trzaskowski propagiert hat, wie zuvor die Konföderation und die PiS, dass gerade diese Gruppe bestraft werden müsse.

Bestraft?

Metaphorisch gesprochen: Man nimmt ihnen die Leistungen weg.

Weiterhin würden 70 % der ukrainischen Familien vom 800-Plus-Programm profitieren, die es weniger nötig haben, weil die Erwachsenen arbeiten -- also Geflüchtete, die bereits näher an Arbeitsmigration sind. Die am stärksten vom Krieg Betroffenen würden keine Unterstützung erhalten.

Eben. Präsident Nawrocki wiederholt auch vorsätzlich ein Fake News, dass ukrainische Geflüchtete in Polen irgendwelche Privilegien im Gesundheitssystem hätten. Ich würde sehr darum bitten, die Vorschriften im Gesetz über Hilfe für Geflüchtete, in Verordnungen des Gesundheitsministers oder in anderen staatlichen Dokumenten aufzuzeigen, die solche Privilegien gewähren. Wir haben gegen diese Fake News von Beginn des groß angelegten Krieges mit Russland angekämpft, und Präsident Nawrocki wiederholt sie, hetzt die Menschen auf und zerstört das gesellschaftliche Miteinander in Polen.

In Nawrockis eigenem Gesetzesvorschlag ist ein Aspekt historischer Abrechnungen enthalten, der auch an die Erpressung von Władysław Kosiniak-Kamysz und Donald Tusk im September 2024 erinnert: Ohne Abrechnung ihrer Vergangenheit würde die Ukraine nicht in die EU aufgenommen werden.

Präsident Nawrocki ist zu dem Schluss gekommen, dass in Polen der Kampf gegen den „Banderismus“ begonnen werden müsse. Ist das die Hauptgefahr, vor der wir uns schützen müssen? Am 20. August explodierte in Osiny in der Woiwodschaft Lublin eine Drohne und zertrümmerte die Fenster mehrerer Gebäude. Dieser Ort liegt etwa 130 Kilometer von der Grenze zur Ukraine und etwa 80 Kilometer von Warschau entfernt. Die Drohne, angeblich vom Typ Schahid, musste ungefähr 40 Minuten über Polen fliegen. Niemand bemerkte sie. Und was, wenn morgen 30 oder 50 Schahids nach Polen fliegen und den Präsidentenpalast oder die Raffinerie in Płock treffen? Wir haben ein ernstes Sicherheitsproblem. Darum muss man sich kümmern, anstatt Konflikte mit der Ukraine zu erfinden. Von der Ukraine sollte man lernen, wie man gegen Drohnen kämpft, und nicht einen Krieg mit der Ukrainischen Aufstandsarmee oder der Organisation Ukrainischer Nationalisten beginnen. Nawrocki hat die Kriege verwechselt -- den aktuellen mit dem Zweiten Weltkrieg. (...)

Die Zeiten sind, wie Sie sagen, ekelhaft. Nationalistischer Populismus triumphiert weltweit, und so sieht Donald Trumps Amerika aus. Wo sehen Sie Hoffnung?

Ich sehe die Notwendigkeit einer offenen Diskussion über die zentralen moralischen Eigenschaften, die wir heute brauchen. Jan Józef Lipski schrieb, dass Patriotismus keine Summe von Eigenschaften, sondern von Werten ist. Wir müssen uns offen der Bedrohung stellen, die der nationalistische Populismus darstellt, aufgebaut auf Ängsten, mit denen sich leicht manipulieren lässt. Wir müssen uns ernsthaft damit auseinandersetzen. Mir fehlt hier ein Bezugspunkt, eine Institution, die als moralische Garantie für einen solchen Dialog mit dem Nationalismus dienen könnte. Der Sozialist Lipski sah hier die Rolle der katholischen Kirche, aber heute können wir nicht auf die Kirche zählen. Wir müssen andere moralische Autoritäten suchen. Eine offene Debatte, die uns gemeinsam klüger macht, ist in Polen dringend notwendig.

Sie berufen sich auf Johannes Paul II.

Ich halte ihn für eine Figur, die verraten wurde. Sowohl fundamentalistisch-katholische als auch rechte Kreise ignorieren, was Johannes Paul II. getan und gedacht hat. Ich möchte nicht in Lobpreisungen verfallen, aber wir haben die kulturell-zivilisatorische Botschaft des Papstes vernachlässigt, der sich sowohl mit dem Kommunismus als auch mit dem Nationalismus konfrontieren konnte. Uns fehlt seine Reflexion, umso mehr, da Johannes Paul II. im Kontext des polnisch-ukrainischen Dialogs eine außergewöhnliche Figur bleibt. Er führte eine mutige Politik der Unterstützung der Ukraine als Teil Europas, was unter anderem die Vorbereitungen für die Feier des Tausendjahresjubiläums der Taufe der Kiewer Rus 1988 einschloss. Während seiner Pilgerreisen nach Polen traf er sich auch mit ukrainischen Gemeinschaften. Bei seiner Pilgerreise in die Ukraine 2001 in Kyjiw und Lwiw äußerte er klare Worte zur Europäizität der Ukraine und ihrer Nähe zu Polen. Diese Aspekte werden jedoch übergangen; übrig bleibt das Bild von Johannes Paul II. als Papst von Radio Maryja. Das verfälscht, wer er wirklich war.

Obwohl ein solcher Zug eines extremen Konservativen, der heute schwer zu akzeptieren ist, auch Karol Wojtyła kennzeichnete.

Ja, aber wir sprechen jetzt über die polnisch-ukrainischen Beziehungen und den Mut, einen ehrlichen polnisch-ukrainischen Dialog zu führen. Johannes Paul II. kann hier ein Gegenmittel sein gegen die Verbindung von Nationalismus und Katholizismus, die immer gefährlich ist.

Und wenn Sie von Donald Tusk zu einem Gespräch über die Gestaltung der polnisch-ukrainischen Beziehungen eingeladen würden? Ich weiß, dass das unmöglich ist, angesichts der Einschüchterung der polnischen Liberalen durch die rechte Erzählung, aber man darf ja wohl von einem normalen Staat träumen. Wenn es so käme, was würden Sie dem Premier sagen?

Dass es sich lohnt, anständig zu sein. Aber wenn ich höre, dass der Regierungssprecher eine neue Version des Gesetzes zur Einschränkung von 800 Plus ankündigt, wie sie Rafał Trzaskowski im Wahlkampf vorgeschlagen hat und wie Karol Nawrocki sie fordert, dann würde das bedeuten, dass Tusk damit einverstanden ist, den Kindern die Unterstützung zu entziehen, um Nawrocki zu besänftigen. Der Appell an Anstand würde seinen Sinn verlieren. Und nebenbei würde der Premier Naivität zeigen, denn der Präsident wird Tusks Gesetz nicht unterschreiben, sondern sein eigenes durchsetzen, mit der Beilage Banderismus.

Zsfg.: AV

<https://oko.press/przewodniczacy-zwiazku-ukraincow-lekcja-patriotyzmu-dla-nawrockiego>

Tusks Präventivschlag. Er wird seinen eigenen Sicherheitsberater haben



Quelle: wyborcza.pl

Von **Bartosz T. Wieliński**

Auf diese Weise sollen die Mitarbeiter von Karol Nawrocki von den Expertengesprächen über die Einstellung der Feindseligkeiten in der Ukraine abgelenkt werden.

Laut "Wyborcza" soll Robert Kupiecki, derzeit stellvertretender Außenminister, der im Außenministerium unter anderem für die Sicherheitspolitik und die transatlantischen Beziehungen zuständig ist, Berater des Premierministers werden. Er ist ein erfahrener Diplomat, denn er war von 2008 bis 2012 Botschafter in den USA und wurde nach seiner Rückkehr nach Polen stellvertretender Minister für nationale Verteidigung.

Seine Aufgabe wird es nun sein, dem Premierminister direkt über die internationale Lage und die Bedrohungen für die Sicherheit Polens und Europas zu berichten. Und vor allem soll er an Treffen der wichtigsten Regierungsbeamten teilnehmen, die sich mit der Sicherheit in den NATO-Ländern befassen, bei denen es um das Ende - oder besser gesagt die Aussetzung - des Krieges in der Ukraine geht, und bei diesen Treffen die polnische Position vertreten.

Der Sicherheitsberater des Premierministers wird Polen bei wichtigen Treffen vertreten

Solche Treffen finden regelmäßig nach dem Gipfel von US-Präsident Donald Trump am 15. August in Anchorage, Alaska, bei dem er den russischen Präsidenten Wladimir Putin aufforderte, einen Kompromiss zu finden und den dreieinhalbjährigen Krieg zu beenden.

Das Gipfeltreffen brachte trotz der außerordentlichen Bemühungen des Gastgebers keine Beschlüsse hervor. Das ist auch gut so, sagen Experten, denn es lagen Vorschläge auf dem Tisch, die für die Ukraine, die sich gegen eine russische Invasion verteidigt, äußerst ungünstig waren, wie etwa die Abtretung einiger unbesetzter und gut befestigter Gebiete an Russland.

Nach diesem Fiasko rief Trump den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Zelenski zu einem Briefing nach Washington, die Staats- und Regierungschefs der wichtigsten europäischen Länder, den Chef der

Europäischen Kommission und den Generalsekretär der NATO. Seitdem wurden die Gespräche in einem ähnlichen Format auf anderen Ebenen fortgesetzt.

Nur dass Polen, das bei dem Treffen in Washington fehlte, jetzt dort vertreten ist. Das Büro des Präsidenten Karol Nawrocki hatte keine Einladung von Trump erhalten und sich auch nicht darum bemüht, da es befürchtete, dass der amerikanische Präsident Nawrockis für den 3. September geplanten Besuch im Weißen Haus absagen würde.

An der Außenministerkonferenz am Montag nahm der Leiter des Außenministeriums, Radoslaw Sikorski teil; Kupiecki wird als Sicherheitsberater des Premierministers an Konferenzen mit Marco Rubio, der nicht nur die US-Diplomatie leitet, sondern auch als nationaler Sicherheitsberater von Präsident Trump fungiert, und seinen Amtskollegen aus dem Vereinigten Königreich, Deutschland, Frankreich, Italien und Finnland teilnehmen. "Diese Treffen sind von entscheidender Bedeutung, da sie die Details erörtern, die die Staats- und Regierungschefs dann genehmigen werden. Und wie wir wissen, steckt der Teufel im Detail", erklärt uns eine Quelle aus der polnischen Diplomatie.

Die Ernennung eines neuen Beraters ist eine Präventivmaßnahme gegen den Präsidentenpalast. Karol Nawrocki und sein Gefolge beanspruchen das Recht, über die Außenpolitik zu entscheiden. Premierminister Tusk hat bei seinem Treffen mit dem Präsidenten vereinbart, dass der Palast wie in den letzten 15 Jahren die Beziehungen zu den USA, der UNO und der NATO regelt; die Kontakte zu Rubio werden nicht abbrechen. Sie müssten im Präsidentenpalast von Slawomir Cenciekiewicz übernommen werden, dem Leiter der Nationalen Sicherheitsbehörde (NSA), der mit dem ehemaligen Verteidigungsminister Antoni Macierewicz verbunden ist und dem von der Agentur für Innere Sicherheit der Zugang zu Verschlusssachen entzogen wurde. Cenciekiewicz hat gegen diese Entscheidung Berufung eingelegt, und das Präsidialamt erkennt sie in keiner Weise an.

Zsfg.: JP

<https://wyborcza.pl/7,75399,32204238,wyprzedzajacy-ruch-tuska-bedzie-mial-wlasnego-doradce-ds-bezpieczenstwa.html#s=S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [interia.pl](https://www.interia.pl)

“Präsident Karol Nawrocki soll in unser Heim kommen und meinen ukrainischen Schützlingen, Kindern und alten Menschen persönlich sagen: Geht weg dorthin, wo ihr hergekommen seid.”

**Schwester M. Eliana Chmielewska
aus der Krakauer Gemeinschaft der Kongregation der Schwestern
der Muttergottes der Barmherzigkeit**

Quelle: <https://wydarzenia.interia.pl/kraj/news-s-chmielewska-z-listem-do-nawrockiego-niech-powie-moim-podop.nld.22178380>

MEDIENSPIEGEL – IN DER DEUTSCHSPRACHIGEN PRESSE ÜBER POLEN

tagesschau.de

Polen fürchtet um seine internationale Rolle

<https://www.tagesschau.de/ausland/polen-kompetenzstreit-100.html>

derstandard.at

Polen – ein gelähmter Frontstaat

<https://www.derstandard.at/story/3000000284875/polen-ein-gelaehmter-frontstaat>

taz.de

Veto gegen Geflüchtete

<https://taz.de/Polen-Praesident-blockiert-Gesetze/!6106449/>

dw.com

Polens Präsident blockiert Sozialhilfe für Ukraine

<https://www.dw.com/de/polens-pr%C3%A4sident-karol-nawrocki-blockiert-sozialhilfe-f%C3%BCr-ukrainer-fl%C3%BCchtlinge-v-1/a-73765902>

table.media

Polen: Veto gegen Flüchtlingshilfe gefährdet Starlink-Zugang für Ukraine

<https://table.media/europe/news/polen-veto-gegen-fluechtlingshilfe-gefaehrdet-starlink-zugang-fuer-ukraine>

faz.net

Neue Bahn-Verbindungen nach Polen

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/auto-verkehr/nachtzug-nach-polen-damit-wird-eine-zweite-grenzstadt-zur-ukraine-direkt-angebunden-110656450.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus